

Bezirksamtsvorlage Nr. **739 / 2024**
zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem **12.11.2024**

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 3215/V, Beschluss vom 26.08.2021 betrifft:

Umbenennung Nettelbeckplatz einleiten

2. Berichtersteller/in:

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

3. Beschlussentwurf:

- I. Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft **„Umbenennung Nettelbeckplatz einleiten“** als Schlussbericht. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.
- II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich Bezirksbürgermeisterin beauftragt.
- III. Veröffentlichung: ja
- IV. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein
 - a) Personalrat: nein
 - b) Frauenvertretung: nein
 - c) Schwerbehindertenvertretung: nein
 - d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

keine

9. Auswirkungen auf den Klimaschutz

keine

10. Mitzeichnung(en):

keine

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'S. Delige', is written in a cursive style.

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

Bezirksamt Mitte von Berlin
Bezirksbürgermeisterin
Amt für Weiterbildung und Kultur

06.11.2024
32200

Bezirksverordnetenversammlung
Mitte von Berlin

Drucksache Nr.: 3215/V

Vorlage -zur Kenntnisnahme-

Umbenennung Nettelbeckplatz einleiten

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 26.08.2021 folgende Anregung an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 3215/V)

Das Bezirksamt wird ersucht, gemäß des im Dez. 2020 i.S.d. Dekolonialisierung des öffentlichen Raums erweiterten Berliner Straßengesetzes und in Entsprechung von Anliegenbekundung von vor Ort, die Umbenennung des Nettelbeckplatzes einzuleiten. Der Platz ist heute noch nach Joachim Nettelbeck (1738-1824) benannt, der aktiv im Versklavungshandel tätig war und Koloniallobbyismus betrieb. Die Informationsvermittlung über die Umbenennungsgründe sowie der Ideenaustausch zur Namensfindung für die Neubenennung des Platzes sollen im Zusammenwirken mit den Strukturen der bezirklichen Stadtteilarbeit vor Ort stattfinden und das gesellschaftliche Leben im Stadtteil unterstützen.

Das Bezirksamt hat am 12.11.2024 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Die Dekolonisierung des öffentlichen Raumes wird in Berlin-Mitte konsequent weiterverfolgt. Der Umbenennungsprozess zum Nettelbeckplatz konnte erfolgreich eingeleitet werden. In einer Onlinebefragung auf mein.berlin.de vom 27.03. bis 24.04.2023 wurde die Öffentlichkeit aufgerufen, Vorschläge und Ideen für einen neuen Namen für den Nettelbeckplatz einzureichen. Parallel wurde in den Medien um Namensvorschläge gebeten.

530 Vorschläge (online, per E-Mail und auch per Briefpost) wurden eingereicht und durch das Amt für Weiterbildung und Kultur, Fachbereich Kunst, Kultur und Geschichte, Sachgebiet Erinnerungskultur und Geschichte des Bezirksamts Mitte von Berlin auf ihre formale Eignung überprüft und anschließend durch ein Beratungsgremium inhaltlich diskutiert. Zur Teilnahme am Beratungsgremium wurden lokale Akteur*innen sowie diverse Organisationen und Initiativen eingeladen.

Viele sind der Einladung gefolgt.

Das Gremium setzte sich wie folgt zusammen: Afrika-Rat Berlin Brandenburg e.V., Berlin Postkolonial e.V., Berliner Stadtmuseum Kompetenzstelle Dekolonisierung, Each One Teach One (EOTO) e.V., Familienzentrum SCHALASCH vom Club Dialog e.V., Herbert-Hoover-Schule, ISD - Initiative Schwarze Menschen, NARUD e.V., Netzwerk gegen Femizide, SAVVY Contemporary e.V., Schule am Zille-Park, Silent green Kulturquartier GmbH, Stadtteilkoordination Wedding Zentrum, Weddinger Heimatverein e.V.. Das Gremium wurde vom Büro für Bürger*innenbeteiligung (Träger: L.I.S.T. GmbH) unterstützt.

Das Bezirksamt Mitte von Berlin, Amt für Weiterbildung und Kultur, Fachbereich Kunst, Kultur und Geschichte, Sachgebiet Erinnerungskultur und Geschichte und das Quartiersmanagement Pankstraße standen dem Gremium beratend zur Seite. Das vereinbarte Arbeitsziel konnte nach drei Sitzungen erreicht werden. Aus den ursprünglich 530 von der Bevölkerung eingereichten Namensvorschlägen wurden vom Gremium drei Namen als für die Umbenennung des Platzes infrage kommend herausgearbeitet.

Diese drei Namensvorschläge werden hiermit der BVV bzw. dem Ausschuss für Weiterbildung und Kultur zur finalen Entscheidung vorgelegt. Es handelt sich um Martha Ndumbe, Vera Heyer und Fasia Jansen. Die Biografien und Einordnungen der Personen können den Anlagen entnommen werden. Anzumerken sei bei Martha Ndumbe, dass für sie bereits ein Stolperstein existiert. Eine tiefergehende Recherche zu Fasia Jansen beim Bundesarchiv in den Stasi-Akten ergab Folgendes:

„In den vorliegenden Unterlagen geht es um die Durchführung einer Busreise von Friedensaktivistinnen im Jahr 1987, die Fasia Jansen mitorganisierte. Diese Reise führte von Großbritannien über die DDR bis in die damalige Tschechoslowakei. Jansen wird in den Unterlagen als „langjährige Kontaktpartnerin des Friedensrats der DDR“ bezeichnet. Der „Friedensrat“ gilt als „SED-Frontorganisation“, d.h. als von der SED gesteuerte Organisation, die als offizielle, staatlich gestattete „Friedensbewegung“ verstanden wurde.

Kontakte von Jansen zur unabhängigen Friedensbewegung in der BRD, die es in den 1980er Jahren in der DDR auch gab, und deren Mitglieder*innen unter Beobachtung der Stasi standen, sind in den Unterlagen hingegen nicht überliefert. Jansen war diesen Unterlagen zufolge keine IM oder dergleichen.“

Der Namensfindungsprozess wurde von einer öffentlichen Informationsveranstaltung am 31.05.2024 begleitet. Eine Übersicht zu Prozessablauf und Rahmenbedingungen ist den Anlagen zu entnehmen.

A) Rechtsgrundlage:

§13 i.V.m. §36 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

keine

Berlin, den 12.11.2024

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'S. Reilinger', is written in black ink on a white background.

Bezirksbürgermeisterin Remlinger